



## Protokoll

der 191. ordentlichen Budgetgemeinde des Bezirks Höfe vom Mittwoch, 25. November 2020,  
20.55 – 23.00 Uhr Bezirksgemeinde im Schulhaus Weid in Pfäffikon (Aula)

---

- Vorsitz:** Fumagalli Yolanda, Bezirksammann
- Anwesende:** Statthalter Diego Föllmi  
Säckelmeister Dominik Hug  
Bezirksrat Stefan Helfenstein, Bezirksrat Guy Tomaschett, Bezirksrätin Nicole Fritsche, Bezirksrat Edgar Reichmuth
- Protokoll:** Ratschreiberin Claudia von Euw
- Bezirksweibel-Stv.:** Thomas von Atzigen
- Stimmzähler:** **Richard Kälin**           **Sektor B**  
**Christian Marty**           **Sektor B**  
**Guido Bonzani**           **Sektor A**
- Versammlungs-  
teilnehmer:** ca. 53 Stimmberechtigte (inkl. Bezirksrat) und 4 Nicht-Stimmberechtigte
- 

### 1. Begrüssung

#### **Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Geschätzte Bezirksbürgerinnen und Bezirksbürger. Ich heisse Sie nun herzlich willkommen zur heutigen 191. ordentlichen Bezirksgemeinde, dem 2. Teil unserer Bezirksgemeinde zur Abnahme des Voranschlags 2021.

*(Die heutige Bezirksgemeinde wird in zwei Teilen erfolgen. Im ersten Teil werden wir die aufgrund von COVID-19 abgesagte Bezirksgemeinde zur Rechnung 2019 vom 15. April 2020 nachholen und in einem zweiten Teil die ordentliche Bezirksgemeinde mit dem Budget 2021 durchführen.*

*Wir führen diese Versammlung unter Einhaltung eines Schutzkonzeptes durch. Das haben Sie bereits beim Einlass bemerkt.*

*Wir bitten alle Anwesenden, während der Bezirksgemeinde die Masken zu tragen und auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben und die Sektoren nicht zu vermischen.*

*Zudem bitte ich alle Redner und Rednerinnen an diesen beiden Bezirksgemeinden bis zum Rednerpult die Masken zu tragen und vor dem Berühren des Rednerpults die Hände zu desinfizieren. Desinfektionsmittel steht bereit.)*

Ich stelle die Mitglieder des Bezirksrates in der neuen Zusammensetzung vor:

Statthalter	Diego Föllmi	Ressort Volkswirtschaft
Säckelmeister	Dominik Hug	Ressort Finanzen
Bezirksrat	Stefan Helfenstein	Ressort Liegenschaften
Bezirksrat	Guy Tomaschett	Ressort Bildung
Bezirksrätin	Nicole Fritsche	Ressort Gesundheit
Bezirksrat	Edgar Reichmuth	Ressort Umwelt

Mein Name ist Yolanda Fumagalli und ich bin seit dem 1. Juli 2020 neu Bezirksammann.



Es sind weiter anwesend:

Ratschreiberin Claudia von Euw  
Ratschreiber-Stv. René Birchler  
Bezirkskassier Christoph Müller

Bezirkskassier-Stv. Edith Frei muss sich entschuldigen

Rechnungsprüfungskommission

Präsident Otto Feldmann  
Mitglied Irina Beeler  
Mitglied Ladina Gross  
Mitglied Adam Milenkovic (entschuldigt)

Ich gehe kurz auf ein paar Themen ein, die den Bezirksrat Höfe im laufenden Jahr besonders beschäftigt haben:

### **Ressort Präsidiales**

#### **Neue Zusammensetzung des Bezirkrates:**

Seit dem 1. Juli 2020 ist Nicole Fritsche neues Mitglied des Bezirkrates. Sie hat das Ressort Gesundheit von mir übernommen.

Ebenfalls seit dem 1. Juli 2020 ist Edgar Reichmuth neues Mitglied des Bezirkrates. Er hat das Ressort Umwelt von Guy Tomaschett übernommen.

Bezirksrat Guy Tomaschett ist seit dem 1. Juli 2020 Schulpräsident der Sek eins Höfe und ersetzt damit Stefan Bättig.

Ich als neuer Bezirksammann habe das Ressort Präsidiales/Justiz vom zurückgetretenen Alt-Bezirksammann Meinrad Kälin übernommen.

Bezirksrat Diego Föllmi hat neu das Amt des Statthalters übernommen.

### **Bezirksverwaltung und Ämter**

Anfangs Oktober 2020 ist die Bezirkskanzlei mit den Abteilungen Liegenschaften, Umwelt und ICT und das Bezirkskassieramt in die Büroräumlichkeiten an der Verenastrasse 4b in Wollerau umgezogen. Dies aus dem Grund, weil die Staatsanwaltschaft zum Kanton übergeht und der Kanton das ganze Gebäude an der Bahnhofstrasse 4 in Wollerau für die zwei Abteilungen der kantonalen Staatsanwaltschaft benötigt.

Zusätzlich ist auch das Konkursamt Höfe neu an der Verenastrasse 4b umgesiedelt. Der Bezirk Höfe wird ab dem neuen Jahr die Grundbuchbereinigung Wollerau übernehmen und hierzu 2 zusätzliche neue Angestellte per 1. Januar 2021 einstellen. Für die Mitarbeitenden im Grundbuchamt Wollerau müssen zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet werden.

### **Strategieworkshop**

Im September 2020 führte der Bezirksrat Höfe seinen alljährlich stattfindenden Strategieworkshop durch. Anlässlich dieses Workshops definierte der Bezirksrat die neuen strategischen Ziele für die Legislaturperiode 2020-2024. Die Legislaturziele des Bezirkrates sind auf der Homepage des Bezirks aufgeschaltet.

### **COVID-19:**

Das Coronavirus hat auch die Verwaltung und die Schule in diesem Frühjahr massiv geprägt. Leider hat uns im Herbst 2020 auch noch die zweite Welle eingeholt. Während des Lockdowns im Frühling konnten nicht mehr so viele Sitzungen abgehalten werden. Dies führte dazu, dass verschiedene Projekte verlangsamt wurden.



Besonders betroffen war die Schule, die im Frühling auf den Fernunterricht umstellen musste. Neu kommt die Maskenpflicht in den öffentlichen Innenräumen, an den Arbeitsplätzen und in der Schule - sogar in den Schulzimmern - hinzu, welche ebenfalls das Arbeiten weiter erschweren wird.

Sowohl für unsere Mitarbeitenden wie auch für unsere Kundschaft mussten Massnahmen getroffen werden, um sie zu schützen. Im Frühling führten wir Homeoffice und Teamsplitting ein. Jetzt im Herbst ist wieder Homeoffice erwünscht. Die Dienstleistungen an unsere Kunden sollten dadurch so gut wie möglich nicht eingeschränkt werden. Es ist nicht immer einfach einen Weg zu finden, um allen Ansprüchen gerecht zu werden.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirks Höfe für ihren Einsatz und ihre Flexibilität und Ihnen liebe Bürgerinnen und Bürger für Ihr Verständnis in dieser aussergewöhnlichen Zeit.

### **Ressort Liegenschaften**

#### ***Rathaus und Justizgebäude Leutschen***

Das Bauprojekt respektive das Sachgeschäft zum Projekt Rathaus und Justizgebäude Leutschen wird Ihnen am Schluss der Budgetgemeinde vorgestellt.

#### ***MZH Riedmatt***

Die Überarbeitung des Vorprojekts «Ersatzbau MZH Riedmatt» ist in vollem Gange. Für die Ausarbeitung des umsetzungsfertigen und kostenoptimierten Bauprojekts wird mehr Zeit benötigt, als im Sommer 2019 veranschlagt. Der Abstimmungstermin über die Sachvorlage «Ersatzbau MZH Riedmatt» wird deshalb vom Juni 2021 auf den Herbst 2021 verschoben.

#### ***Sanierung und innere Optimierung Riedmatt***

Die Gesamtsanierung des Schulhauses Riedmatt in Wollerau kommt gut voran. Die Schutzräume sind saniert und können wieder genutzt werden. Damit ist die erste Sanierungsetappe abgeschlossen. Für den Bau des Pavillons West bzw. des Fundaments ist der Spatenstich bereits erfolgt. Als nächstes erfolgen die Arbeitsvergaben für den Bau des Pavillons.

#### ***Innere Optimierung Weid***

Bis August 2022 soll die Innere Optimierung des Schulhauses Weid abgeschlossen sein, damit ein Teil der Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Leutschen, welches im Sommer 2022 geschlossen wird, untergebracht werden können. So wird im 5. Stock des Schulhauses eine Nische in ein Multifunktionszimmer ausgebaut. Der Mittagstisch wird in die jetzige Bibliothek im Aulagebäude verlegt. Das Lehrerzimmer wird vergrössert. Auch die Nische im 4. Stock des Schulhauses soll inskünftig für Lehrerarbeitsplätze ausgebaut werden.

#### ***Sanierung Parkierungsfläche Süd und Summelenweg, Weid***

Die Parkierungsanlage südlich des Schulhauses ist nur eingekiest. Auf dem Platz ist eine neue, beleuchtete Parkierungsanlage entstanden, welche am 2. November 2020 in Betrieb genommen wurde.

### **Ressort Gewässer**

#### ***Wasserbauprojekte Hochwasserschutz und Revitalisierungen***

Die Projekte **Rotbach** in **Feusisberg** und der **Silberbach** in **Pfäffikon** wurden erfolgreich abgeschlossen.

Bei den **Giessenbächen** in **Feusisberg** ist die Baubewilligung teilweise erteilt. Der Baubeginn ist auf Frühling Sommer 2021 geplant.

Beim **Grenzbach** in Wollerau stehen noch ein paar Eigentümerzustimmungen aus. Dieses kantonsübergreifende Projekt sollte auch ca. Sommer Herbst 2021 realisiert werden.

Beim **Sarenbachprojekt** sind wir mit der Gemeinde Freienbach daran das Entwässerungsproblem in der Grütze in das Wasserbauprojekt planerisch zu integrieren. Die Bewohner des Quartiers sollen in die



Planung eingebunden werden, um deren Erfahrungen einfließen zu lassen. Sobald das Entwässerungsprojekt steht, kommt das Projekt an die Bezirksversammlung.

Beim **Krebsbach** konnten einige richtungsweisende Projektdetails gelöst werden. Auch hier stehen noch einige Eigentümerverhandlungen und Vorprüfungen durch Bund und Kanton aus, bevor wir an die Bezirksgemeinde gelangen.

### **Neukonzessionierung Etzelwerk**

Die Übergangskonzession zwischen den Kantonen Schwyz, Zürich, Zug, den Bezirken Einsiedeln und Höfe und der SBB AG läuft 2022 aus. Die Konzedenten (Konzessionsgeber) und Konzessionär handeln einen neuen Konzessionsvertrag für die nächsten 80 Jahre (2023-2103) aus. Die SBB beabsichtigt, auf März 2021 die Einreichung des Konzessionsgesuches. Einige Zusatzverhandlungen laufen noch. Die Umweltersatzmassnahmen wurden fast alle definiert, werden erst mit der Konzession festgesetzt.

Sie finden sämtliche Ausführungen unserer Projekte auch auf unserer Homepage.

Das waren ein paar Informationen von der Tätigkeit des Bezirksrates Höfe.

Ich eröffne nun die offizielle 191. Bezirksgemeinde zum Budget 2021.

➔ Hinweis auf die im Saal aufliegenden Rechnung-Exemplare

## **2. Feststellungen**

- Ich erinnere daran, dass die Bezirksgemeinde öffentlich ist. Zur Diskussion und Beschlussfassung sind aber nur die Stimmberechtigten des Bezirks Höfe berechtigt. Nichtstimmberechtigte Personen haben bereits die gekennzeichneten Plätze eingenommen.
- Die Botschaft zur Bezirksgemeinde zum Budget 2021 wurde die Einladung bis zum 9. November 2020 zugestellt. Die Einladung erfolgte also rechtzeitig und formgerecht.
- Abgestimmt wird mit offenem Handmehr. Die Bezirksräte stimmen mit, der Bezirksammann nur bei Stimmengleichheit.
- Das Tonband läuft für das Protokoll mit.

## **3. Traktandenliste**

Sie finden die Traktandenliste zum Budget 2021 auf der Seite 1 der Botschaft. Wünscht jemand, dass die Traktandenliste verlesen wird?

Das ist nicht der Fall. Die Traktandenliste ist damit genehmigt.

## **4. Wahl der Stimmzähler**

(Anträge für Traktanden, die nicht der Urnenabstimmung unterliegen)

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Wir kommen zum **Traktandum 1**



### Wahl der Stimmzähler

Wir schlagen die nachfolgenden vier Personen vor:

- Richard Kälin, Freienbach
- Christian Marty, Wollerau
- Guido Bonzani, Pfäffikon

Den Stimmzählern sind einzelne Sektoren zugewiesen worden. Der Stimmzähler für den Sektor A zählt auch die Stimmen des Bezirksrates.

Wird ein Gegenantrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

(§§ 24 Abs. 1 GOG, 3-6 Stimmzähler).

Ich erkläre die vorgenannten Personen als Stimmzähler gewählt.

Die Stimmzähler bilden zusammen mit der Ratschreiberin und mir das Büro. (§ 24 Abs. 2 GOG).

Wir kommen nun zum **Traktandum 2**.

Ich erkläre Ihnen noch kurz, wie das Traktandum 2 behandelt wird. Der Säckelmeister Dominik Hug wird zuerst über den Voranschlag der Erfolgsrechnung 2021, den Voranschlag der Investitionsrechnung 2021, die Kennzahlen sowie den Finanzplan der Jahre 2022 – 2024 informieren.

Die Beratung, Diskussion und Beschlussfassung zu den einzelnen Geschäften erfolgen dann separat gemäss Traktandenliste.

Nach der Beschlussfassung wird Ihnen die Sachvorlage «Rathaus und Justizgebäude Leutschen» vorgestellt.

## 5. Referat des Säckelmeisters zum Voranschlag 2021 und Finanzplan 2022 - 2024

Ich übergebe nun das Wort an den Säckelmeister Dominik Hug.

### **Dominik Hug, Säckelmeister**

Einleitend erklärt der Säckelmeister Dominik Hug den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, dass die Schwyzer Bezirke und Gemeinden per 1. Januar 2021 die neuen Rechnungslegungsvorschriften - auf HRM2 abgestimmt – erhalten. Der Kantonsrat hat das neue Finanzhaushaltsgesetz für die Bezirke und Gemeinden verabschiedet. Die neue Rechnungslegung kommt mit dem vorliegenden Voranschlag und Finanzplan erstmals zur Anwendung. Die Erklärungen zum harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2) sind in der Botschaft auf der Seite 4 zu finden.

Anschliessend erläutert Säckelmeister Dominik Hug mit Hilfe der informativen und detaillierten Power-Point-Präsentation und verschiedener Grafiken den Voranschlag 2021.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie schlagen sich auch beim Voranschlag 2021 nieder. Statt einem Plus von 0.5 Mio. CHF (gemäss dem Finanzplan) resultiert ein Minus von CHF 5,8 Mio., bei Einnahmen von CHF 35.5 Mio. und Ausgaben von 41.3 Mio. Es wird allein mit Steuerausfällen von CHF 4 Mio. gerechnet. Die Investitionen belaufen sich auf CHF 8,675 Mio. Der Steuerfuss wird bei 15 % belassen. Im kommenden Jahr neu ist auch, dass die Staatsanwaltschaft zum Kanton wechselt, die Vermittler nun das ganze Jahr beim Bezirk sind, die Verwaltung und das Konkursamt am neuen Standort arbeiten und dies Mietkosten verursacht, jedoch mit den Mieteinnahmen aus der Vermietung der Bahnhofstrasse wieder ausgeglichen wird. All diese Faktoren veranlassten den Bezirksrat Höfe Massnahmen zu treffen:

- Mittelweg zwischen hartem Sparkurs und «weiter wie bisher»
- Projekte Liegenschaften und Gewässer sind bereits gestartet und nötig, Anpassungen, so sinn- und wirkungsvoll



- Nur das Nötigste wird budgetiert (keine Reserven)
- Eigenkapital wird für das Auffangen der Defizite in den nächsten Jahren eingesetzt
- Diskussion betreffend Steuerfusserhöhung erst bei Eigenkapital von ca. CHF 10 Mio.

**Rechnung 2020**

In der Hochrechnung wird mit tieferen Steuereinnahmen von CHF 750'000 und geringeren Ausgaben von CHF 850'000, sowie Mindereinnahmen von CHF 550'000 gerechnet, was das Ergebnis um rund CHF 450'000 schlechter ausfallen lässt als budgetiert.

**Voranschlag 2021**

Der Voranschlag 2021 sieht anders aus. Die neue Rechnungslegung verwirrt, weil ein «Plus» ein «Minus» und ein «Minus» ein «Plus» bedeutet. Diese missverständliche Angelegenheit wurde dem Kanton bereits gemeldet. Ausserdem führt die neue Rechnungslegung auch dazu, dass der Bezirk Höfe kein Vergleich der Rechnung 2019 mit dem Voranschlag 2021 zeigen kann. Der Voranschlag 2020 vom aktuellen Geschäftsjahr wurde von Hand unter viel Aufwand im neuen Kontenrahmen abgebildet, um einen Vergleich wenigstens zum Voranschlag 2021 darzustellen. Es gelten auch neue Abschreibungssätze, welche operativ tiefere Kosten verursachen. Auch neu erfolgt die Darstellung in einer Spalte.

Der Personalaufwand nimmt ab infolge Abgang Personal Staatsanwaltschaft. In anderen Bereichen (Projektleiterin Liegenschaften, plus ein Richter, neu Grundbuchbereinigung Wollerau) nehmen Anstellungen zu.

Beim Sachaufwand ergibt sich eine Reduktion von rd. CHF 1 Mio. In vielen Kostenstellen sind die gemachten Budgets reduziert worden, wie Wegfall Installationen Software, Abgang Staatsanwaltschaft minus CHF 0.8 Mio., in der Schule weniger ICT-Kosten. Aufgrund der Umstellung bei den Abschreibungen konnte eine «Einsparung» für das Jahr 2021 im Rahmen von CHF 1,7 Mio. erzielt werden. Die grösste Reduktion findet im Bereich Gewässer statt, da die Nutzungsdauer neu auf 40 Jahre festgelegt wurde.

Bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen wird mit minus CHF 2,7 Mio. (-11%), bei den juristischen Personen mit minus CHF 1,1 Mio. (-32%) gerechnet. Weitere Reduktionen betreffen juristische Personen bei den Vorjahren und Quellensteuern. Insgesamt eine Reduktion von -14%, was minus CHF 4,2 Mio. entspricht.

Investitionen sind eingestellt für die Planung des Bauprojekts Leutschen (Umnutzung in Verwaltungsgebäude) im Rahmen von CHF 1,5 Mio., die laufende Sanierung der Schule Riedmatt, das gemeinsame Projekt MZH mit der Gemeinde Wollerau, Pavillon West und die Planung und Ausführung der inneren Optimierung Weid von CHF 5,98 Mio. sowie für die verschiedenen Hochwasserschutzprojekten von CHF 2,6 Mio. und Subventionsbeiträgen von voraussichtlich CHF 1,4 Mio., was einen Nettoaufwand bei den Gewässern von rund CHF 1,2 Mio. ergibt.

Die Zahlen beim Finanzplan sehen düster aus und zeigen in den nächsten Jahren Minusergebnisse von ca. CHF 5,0 Mio. Es wird mit höheren Aufwendungen gerechnet, auf der Ertragsseite sind die Gebühreneinnahmen mit +2.5 % hinterlegt. Die Steuererträge budgetieren wir bei den natürlichen Personen jeweils mit +3 % und bei den juristischen Personen mit +5%. Eine starke Zunahme zeichnet sich bei den Investitionen ab. Es sind dies die drei Projekte Sanierung Schulanlage Riedmatt West, das neue Rathaus und Justizgebäude Leutschen und die Mehrzweckhalle Riedmatt MZHR (zusammen mit der Gemeinde Wollerau), die beiden letzten vorbehältlich Zustimmung Souverän. Bei den Gewässern stehen weitere Projekte an, teils benötigen sie die Zustimmung des Souverän.

Der Steuerfuss im Voranschlag 2021 und im Finanzplan 2022 bis 2024 soll auf dem Satz von 15 % einer Einheit belassen werden.

Die RPK hat die den Voranschlag geprüft und keine Beanstandungen wie aus dem Bericht der RPK zu entnehmen ist.

Zum Schluss bedankt sich Säckelmeister Dominik Hug bei allen Beteiligten für den dieses Jahr etwas grösseren Aufwand. Der Dank geht auch an die Ratskolleginnen und -kollegen für ihre Unterstützung. Ein weiterer Dank geht auch an die Rechnungsprüfungskommission, die den Voranschlag geprüft und ohne



Korrektur freigegeben hat. Ein spezieller Dank geht an das Bezirkskassieramt unter der bewährten Leitung von Christoph Müller. Nicht nur all die erwähnten Einwirkungen mussten verarbeitet werden; das Ganze wurde begleitet von der Neueinführung der Finanzsoftware Abacus, eine besonders raffinierte Herausforderung zum laufenden Geschäft, die souverän gemeistert wurde und noch wird. Ein weiterer Dank geht aber auch an die Höfnerinnen und Höfner für die gute Zusammenarbeit mit dem Bezirk Höfe und Unterstützung.

## 6. Genehmigung des Voranschlages 2021 und Festsetzung des Steuerfusses

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

### **Genehmigung des Voranschlages 2021 (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung), Festsetzung des Steuerfusses und Kenntnisnahme des Finanzplanes 2022 - 2024**

Der Bezirksrat beantragt,

- den Voranschlag der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 5'770'300.00 zu genehmigen,
- den Voranschlag der Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 8'675'000.00 zu genehmigen,
- den Steuerfuss für das Jahr 2021 auf 15 % einer Einheit festzusetzen,
- den Finanzplan zur Kenntnisnahme.

Sie haben die Ausführungen unseres Säckelmeisters zum Voranschlag 2021 gehört.

Sie finden die entsprechenden Zusammenstellungen der Erfolgsrechnung 2021 auf den Seiten 28 – 39.

Den Zusammenzug der Erfolgsrechnung auf der Seite 27.

Die Investitionsrechnung finden Sie auf den Seiten 41 – 43.

Den Zusammenzug der Erfolgsrechnung auf der Seite 40.

Ich gebe das Wort jetzt an Otto Feldmann, den Präsidenten der RPK.

**Otto Feldmann, Präsident der RPK**

Die Rechnungsprüfungskommission hat gemäss §§ 50 und 51 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden den Voranschlag (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) als Bestandteil des Finanzplanes 2022 bis 2024 inklusive Steuerfuss für das Voranschlagsjahr beurteilt.

Gemäss der Beurteilung der RPK entsprechen der Voranschlag sowie der Finanzplan den gesetzlichen Bestimmungen. Die aufgezeigte Entwicklung des Bezirkes Höfe erachtet sie als nachhaltig.

Aufgrund der Kontrolle kann die RPK empfehlen, den Voranschlag mit Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung inkl. des Steuerfusses einer Einheit bei 15 % zu genehmigen. Den Bericht der RPK finden Sie auf Seite 9.

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Ich danke dem Präsidenten der RPK für seine Ausführungen.

Ich eröffne nun die Diskussion zum Voranschlag der Erfolgsrechnung, welche Sie detailliert auf den Seiten 28 – 39 finden.

Gibt es Wortmeldungen zu

0 Allgemeine Verwaltung

S. 28 – 30

Keine Wortmeldung.



Gibt es Wortmeldungen zu

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit S. 30 – 33

Keine Wortmeldungen

Gibt es Wortmeldungen zu

2 Bildung S. 34 – 36

Keine Wortmeldungen

Gibt es Wortmeldungen zu

3 Kultur, Sport und Freizeit S. 36

Keine Wortmeldungen

Gibt es Wortmeldungen zu

4 Gesundheit S. 37

**Otto Kümin, Pfäffikon (SP Bezirk Höfe)**

Otto Kümin redet im Auftrag der SP Bezirk Höfe. Otto Kümin stellt fest, dass viele Todesanzeigen in der lokalen Presse publiziert sind. Ein grosser Anteil dürfte auf Corona zurückzuführen sein. Die Sterblichkeit der über 80-Jährigen ist ausserordentlich hoch. In diesem Zusammenhang wissen wir genau, dass die Mitarbeitenden im Spital Lachen einer ausserordentlichen Belastung ausgesetzt sind, mindestens in dieser Abteilung, in welcher die Coronafälle gepflegt werden.

Im Auftrag der SP Höfe richtet Otto Kümin einen Appell an den Bezirksrat Höfe, am liebsten einen gewissen Betrag für die Mitarbeitenden zu beziffern. Dies ist aber institutionell nicht möglich, weil die Spital Lachen AG eine selbständige juristische Person ist. Trotzdem richtet die SP Höfe folgenden Appell: Wir fordern die Vertreterin im VR, Nicole Fritsche auf, sich dafür einzusetzen, dass die Spital Lachen AG ein Zeichen in geeigneter Art und Weise der Wertschätzung gegenüber des betroffenen Spitalpersonals setzt. Es wäre schön, wenn der Bezirksrat zu diesem Appell gerade eine Antwort geben könnte.

**Yolanda Fumagalli, Bezirksamman**

Der Appell der SP Höfe wird entgegengenommen. Dieses Thema wurde im Bezirksrat Höfe intensiv diskutiert. Der Bezirksrat Höfe hat sich mit dieser Frage auseinandergesetzt und ist nicht der Auffassung, dass der Bezirksrat Höfe einen Betrag für das Spitalpersonal spricht. Es ist Aufgabe des Verwaltungsrates, in geeigneter Form eine Wertschätzung dem betroffenen Personal der Spital Lachen AG auszurichten.

Gibt es Wortmeldungen zu

5 Soziale Sicherheit S. 37

Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zu

6 Verkehr S. 37

Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zu

7 Umweltschutz und Raumordnung S. 37 + 38

Keine Wortmeldungen.



Gibt es Wortmeldungen zu

8 Volkswirtschaft S. 38

Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zu

9 Finanzen und Steuern S. 38 + 39

Keine Wortmeldungen.

### **Abstimmung zum Voranschlag der Erfolgsrechnung 2021**

***Yolanda Fumagalli, Bezirksammann***

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Voranschlag der Erfolgsrechnung 2021?

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Voranschlag der Erfolgsrechnung 2021 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 5'770'300.00 genehmigen möchte, bezeuge dies durch Handheben.

Gegenmehr?

**Einstimmig**

Sie haben den Voranschlag der Erfolgsrechnung 2021 damit genehmigt.

***Yolanda Fumagalli, Bezirksammann***

Ich eröffne nun die Diskussion zum Voranschlag der Investitionsrechnung 2021, welche Sie in der Botschaft detailliert auf den Seiten 41 – 43 finden.

Gibt es Wortmeldungen zu

0 Allgemeine Verwaltung S. 41

Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zu

2 Bildung S. 41

Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zu

7 Umweltschutz und Raumordnung S. 42 + 43

Keine Wortmeldungen.

Gibt es Wortmeldungen zu

8 Volkswirtschaft S. 43

Gibt es Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.



### **Abstimmung zum Voranschlag der Investitionsrechnung 2021**

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Voranschlag der Investitionsrechnung 2021?

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Voranschlag der Investitionsrechnung 2021 mit Nettoinvestitionen von CHF 8'675'000.00 genehmigen möchte, bezeuge dies durch Handheben.

Gegenmehr?

**Einstimmig**

Sie haben den Voranschlag der Investitionsrechnung 2021 damit genehmigt.

Ich eröffne nun die Diskussion zum **Steuerfuss** für das Jahr 2021.

Der Bezirksrat beantragt, den Steuerfuss für das 2021 auf 15 % einer Einheit festzusetzen.

Gibt es Wortmeldungen zum beantragten Steuerfuss für das Jahr 2021?

Keine Wortmeldungen.

### **Abstimmung zur Festsetzung des Steuerfusses 2021**

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Bezirksrates, den Steuerfuss für das Jahr 2021 auf 15 % einer Einheit festzusetzen, genehmigen möchte, bezeuge dies durch Handheben.

Gegenmehr?

**Einstimmig**

Sie haben den Steuerfuss für das Jahr 2021 auf 15 % einer Einheit damit genehmigt

Der **Finanzplan 2022 – 2024** ist zur Kenntnis zu nehmen. Gibt es Fragen zum Finanzplan 2022 – 2024?

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP und Kantonsrat)**

Herr Ilg hat Fragen zu den Kennzahlen auf der Seite 48 der Botschaft. Selbstfinanzierungsgrad wird für das Jahr 2022 mit -44.63 % beziffert. Dies wird immerhin gemäss den Richtwerten als ungenügend angesehen. Der Selbstfinanzierungsanteil wird als schlecht angesehen. Dann der Kapitaldienstanteil wird als tragbare Belastung und der Investitionsanteil als stark angesehen. Das Eigenkapital wird immer kleiner. Gibt es da weitere Erklärungen dazu.

**Dominik Hug, Säckelmeister**

Besten Dank für diese Frage. Der Bezirksrat Höfe hat die Strategie zum Voranschlag gewählt, die Defizite mit dem Eigenkapital abzudecken. Im Voranschlag sind die Desinvestitionen nicht berücksichtigt.

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP und Kantonsrat)**

Wir haben gesehen, das Eigenkapital reduziert sich. Gibt es da weitere Erklärungen und Szenarien der Desinvestitionen, die das nächste Mal aufgezeigt werden könnten?

**Dominik Hug, Säckelmeister**

Die Investitionen zu den geplanten Projekten sind jetzt sichtbar in der Investitionsrechnung und im Finanzplan Investitionen. Was nicht dokumentiert ist, sind die Desinvestitionen. Derzeit liegen erst Schätzungen der verschiedenen Liegenschaften vor, die der Bezirk abstossen möchte. Zeitlich können diese Szenarien erst dann erstellt werden, wenn es soweit ist. Es macht jetzt keinen Sinn. Es spielen weitere Faktoren eine Rolle. Die ersten Auswirkungen durch die Einführung von HRM2 und auch die Auswirkungen der Coronapandemie erfahren wir erst in den kommenden Monaten bzw. Jahren.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

**7. Sachvorlage «Rathaus und Justizgebäude Leutschen»****Yolanda Fumagalli, Bezirksmann**

Wir kommen nun zum **Traktandum 3**, die Vorstellung der Sachvorlage «Rathaus und Justizgebäude Leutschen». Sie finden die Ausführungen in der Botschaft auf den Seiten 49 – 55.

**Powerpoint-Präsentation**

Stefan Helfenstein und ich stellen Ihnen in der nächsten halben Stunde das neue Bezirksrathaus und Justizgebäude in der Leutschen vor.

Dieses Jahr ist vieles anders. Corona hat unser Leben verändert, wie wir es kaum für möglich gehalten hätten. Der Bundesrat empfiehlt, Kontakte zu reduzieren und persönliche Treffen zu vermeiden.

Die politische Meinungsbildung bleibt aber wichtig. Deshalb dürfen politische Versammlungen mit aller Vorsicht durchgeführt werden. Allerdings ist nicht allen wohl dabei, und sie werden den Versammlungen fernbleiben. Auch diese Bürgerinnen und Bürger wollen wir erreichen.

Wir haben uns deshalb etwas Neues einfallen lassen: Vor zwei Wochen haben wir die Präsentation bereits auf Video aufgenommen. Das Video, die Folien und den Redetext finden Sie auf der Bezirkswebsite [www.hoefe.ch](http://www.hoefe.ch).

Lassen Sie mich kurz wiederholen: Warum brauchen wir überhaupt ein neues Rathaus?

Im Bezirk Höfe haben wir eine komplexe Liegenschaftssituation mit zwei Rathäusern und drei Schulstandorten, die baulich in einem unterschiedlichen Zustand sind.

Das Rathaus Roosstrasse ist alt und muss dringend saniert werden. Es genügt den Sicherheitsbestimmungen nicht mehr. Auch energetisch ist es veraltet.

Zwei Rathäuser erschweren die Zusammenarbeit in der Verwaltung. Dass auch der Platz knapp ist und längerfristig nicht genügt, hatten wir schon länger gewusst. Ebenfalls, dass wir den Schulstandort Leutschen per Juli 2022 aufheben werden.

Die Zusammenlegung der Staatsanwaltschaften im Kanton Schwyz gemäss Kantonsratsbeschluss vom 14. März 2018 hat die Situation zudem verändert. Das Rathaus Bahnhofstrasse hat sich als ein geeigneter Standort in den Höfen angeboten. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Schwyz wird ihn per Anfang 2021 allein nutzen.

Diese Ausgangslage hat den Bezirksrat im Herbst 2018 zu einer Gesamtschau der Liegenschaftssituation veranlasst.

Wir haben dabei verschiedene Möglichkeiten geprüft und uns schliesslich für das Rathaus Leutschen als beste und kostengünstigste Variante entschieden.



Einen ersten Umsetzungsschritt haben wir bereits vollzogen: Die Verwaltung – d.h. die Bezirkskanzlei mit den Abteilungen Umwelt und Liegenschaften sowie das Bezirkskassieramt – hat der Staatsanwaltschaft Platz gemacht und ist Anfang Oktober 2020 an die Verenastrasse 4b in Wollerau umgezogen. Auch das Konkursamt ist von Roosstrasse 3 an diesen Standort umgezogen. Damit können wir die Platzproblematik im Rathaus etwas entschärfen.

Folgende Punkte haben den Ausschlag zugunsten der Variante Leutschen gegeben:

- Das Rathaus ist unter einem Dach.
- Wir nutzen ein bestehendes Gebäude, das 2006 renoviert worden ist – die Variante ist deshalb relativ kostengünstig.
- Der Standort liegt zentral und ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen.
- In der Leutschen haben wir genügend Landreserven und die Parkplatzsituation ist gelöst.
- Wir können diese Variante in Eigenregie und in 2-4 Jahren umsetzen.
- In dieser Variante werden die beiden Rathäuser frei und können verkauft werden. Es werden also Gelder frei.

Folgende Punkte haben den Ausschlag zugunsten der Variante Leutschen gegeben:

- Das Rathaus ist unter einem Dach.
- Wir nutzen ein bestehendes Gebäude, das 2006 renoviert worden ist – die Variante ist deshalb relativ kostengünstig.
- Der Standort liegt zentral und ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen.
- In der Leutschen haben wir genügend Landreserven und die Parkplatzsituation ist gelöst.
- Wir können diese Variante in Eigenregie und in 2-4 Jahren umsetzen.
- In dieser Variante werden die beiden Rathäuser frei und können verkauft werden. Es werden also Gelder frei.

Die Liegenschaftssituation ist das eine, die langfristige Entwicklung des Bezirks Höfe das andere. Wir planen das neue Rathaus für die nächsten zwanzig, dreissig Jahre.

Gemäss Bundesamt für Statistik wird die Bevölkerung des Kantons Schwyz bis 2040 weiter überdurchschnittlich wachsen.

Auf diesen Schätzungen basiert der kantonale Richtplan. Er sieht vor, dass dieses Wachstum zum Grossteil im urbanen Raum stattfinden soll. Zum urbanen Raum zählen auch die Höfner Gemeinden Freienbach und Wollerau. Feusisberg zählt zum periurbanen Raum mit einem geringeren Wachstum. Die Einwohnerzahl im Bezirk Höfe dürfte gemäss diesen Annahmen von heute 29 100 auf 33 600 wachsen. Das ist eine Zunahme um rund 4 500 Personen respektive 15%. Im Bild sehen Sie das prognostizierte Wachstum pro Gemeinde.

Mit dem Wachstum werden die Bezirksaufgaben und auch die Ansprüche an eine professionelle Verwaltung weiter zunehmen.

Beispiele dieser Entwicklung sind

- Das seit Juli 2020 beim Bezirk angesiedelte Vermittleramt,
- Die neuen Vorgaben des Kantons bezüglich Grundbuchbereinigung und einer zusätzlichen Richterstelle und
- Die komplexe Konkursabwicklung zweier Tochterfirmen internationaler Unternehmen in der jüngsten Vergangenheit.

Was haben wir seit dem Entscheid für die Variante Leutschen gemacht?

Ende Oktober 2018 hat die Arbeitsgruppe Rathaus Leutschen die Arbeit für die Planung des neuen Rathauses Leutschen in Freienbach aufgenommen.

- Als Erstes hat sie ein Betriebs- und ein Sicherheitskonzept für das Rathaus Leutschen erstellt.
- Parallel dazu haben die Amtsstellen Raumprogramme nach ihren Bedürfnissen erarbeitet.
- Die Konzeptentwürfe wurden mit den Amtsstellenleitungen besprochen und abgeglichen.



- Während dieser Konzeptphase haben wir uns entschieden, dass wir den künftigen Betrieb auf den bestehenden Pavillon ausdehnen und mit in das Rathaus integrieren.
- Beide Gebäude genügen statisch und sicherheitstechnisch den heutigen Anforderungen nicht mehr.
- Das Schulhaus kann auf den neusten Stand gebracht und in ein Rathaus umgebaut werden – ein Neubau wäre doppelt so teuer. Eine Sanierung des Pavillons lohnt sich hingegen nicht, hier hat sich ein Neubau als günstiger herausgestellt.
- Das Justizgebäude wird mit dem Rathaus im bestehenden Schulgebäude mit einer Passerelle verbunden. Damit können wir optimale Arbeitsabläufe gewährleisten und die unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen berücksichtigen. Ausserdem ist mit dem separaten Gebäude die Gewaltentrennung von Judikative und Exekutive auch räumlich gewährleistet.

Auf dieser Basis wurden eine Machbarkeitsstudie, das Vorprojekt und schliesslich das umsetzungsfertige Bauprojekt für das Rathaus mit Justizgebäude erstellt.

Das Projektteam schätzt die Kosten mit einer Genauigkeit von +/- 10 % auf CHF 21,95 Millionen – CHF 13,3 Millionen für das Rathaus und CHF 8,65 Millionen für das Justizgebäude. Gegenüber dem Vorprojekt hat der Bezirksrat Zusatzoptionen für Klimatisierung, Sicherheit, Innenausbau und Umgebungsgestaltung von insgesamt CHF 3,8 Millionen bewilligt (Rathaus: CHF 2,5 Millionen; Justizgebäude CHF 1,3 Millionen). Von allen geprüften Varianten ist das Rathaus mit Justizgebäude in der Leutschen die beste und preiswerteste.

- Sie hat einen zusätzlichen Vorteil: Die Rathäuser Roosstrasse und Bahnhofstrasse können verkauft werden. Da sie in der Kernzone in Wollerau liegen, sollte dies problemlos möglich sein.
- Beim Schulhaus Leutschen wäre dies allerdings schwierig, weil es in der öffentlichen Zone liegt.
- Mit dem Umbau des Schulhauses Leutschen, dem Abbruch des Pavillons und dem Neubau eines Justizgebäudes kann der Platzbedarf über eine längere Periode sichergestellt werden.

Stefan Helfenstein wird Ihnen nun das Bauprojekt vorstellen.

### **Stefan Helfenstein, Bezirksrat Ressort Liegenschaften**

Auf den folgenden Folien wollen wir Ihnen einen Eindruck geben, wie das Rathaus und das Justizgebäude gemäss Bauprojekt aussehen werden.

Dazu einige allgemeine Bemerkungen zu den Gebäuden:

- Modern, offen und flexibel soll die Arbeitsumgebung im neuen Rathaus und im Justizgebäude des Bezirks sein.
- Dort wo es Sinn macht und es das Gesetz erlaubt, werden nutzerneutrale Arbeitsplätze entstehen. Das heisst, dass zum Beispiel Teamarbeitsplätze in Einzelbüros umfunktioniert werden können.
- Wir wollen den zunehmenden Bedürfnissen nach Teilzeitarbeit, Mobilität und externem Arbeiten entsprechen. Corona hat gezeigt, dass dies wichtig und auch ein Bedürfnis ist.
- Die Arbeitsplätze werden zweckmässig und mit einheitlichem Mobiliar ausgestattet, damit wir auch bei Veränderungen in der Organisation möglichst flexibel sind.
- Der persönliche Kontakt zu den Einwohnerinnen und Einwohnern bleibt wichtig und soll gepflegt werden, trotz Einsatz moderner Technologien, wie zum Beispiel dem Onlineschalter.
- Die Räumlichkeiten des Verwaltungsgebäudes werden einladend gestaltet, um einen offenen Kontakt mit der Bevölkerung zu ermöglichen.
- Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Gebäude wird einen Beitrag für die Umwelt leisten
- Auf den nächsten Folien werden wir Ihnen Bilder zeigen. Es sind fotorealistische Visualisierungen wie die Gebäude aussehen werden. In der definitiven Umsetzung sind Abweichungen allerdings möglich.

Rechts sehen Sie das zum Rathaus umgebaute Schulgebäude, links das neue Justizgebäude, das den heutigen Pavillon ersetzen wird.

Beide Gebäude sind von der Rebhaldenstrasse her erschlossen.

Auf dem Dach sehen Sie die unauffällige Photovoltaikanlage.



Das Justizgebäude – rechts im Bild – wird einen Stock höher gebaut als der heutige Pavillon. Es rückt weg von den Nachbargrundstücken, näher an die Rebhaldenstrasse.

Rathaus und Justizgebäude sind getrennt aber durch eine leichte, transparente Passerelle verbunden. Wir führen die Verwaltung und die meisten Ämter im Rathaus zusammen. Damit können wir die Arbeitsabläufe optimieren und die Wege verkürzen.

Das Gericht, das Erbschaftsamt und das Vermittleramt werden im Justizgebäude untergebracht. Damit wird der Gewaltentrennung von Judikative und Exekutive Rechnung getragen.

Die Umgebung ist offen und mit grosszügigen Grünflächen gestaltet.

Die immergrünen Hecken werden in Rebstruktur angelegt. Sie nehmen so Bezug auf die Reblandschaft Leutschen.

Im Gegensatz zu heute, werden Besucher genügend Parkplätze finden. Hier links im Bild.

Hier sehen Sie nochmals die Nordfassaden der beiden Gebäude mit den Eingängen. Das Betreibungsamt Höfe hat einen separaten Eingang. Die Sprechblasen zeigen die Belegung pro Stockwerk.

Die Empfangs- und Eingangsbereiche der beiden Gebäude sind zentrale Orte.

Hier werden die Einwohnerinnen und Einwohner bzw. Kundinnen und Kunden empfangen.

Jeweils zentral im Erdgeschoss gibt es einladende Räumlichkeiten für die Begegnung und den Austausch mit den Mitarbeitenden von Verwaltung, Ämtern und Gericht.

- Dazu gehören Sitzungszimmer für Besprechungen und eine Cafeteria als Begegnungszone im Rathaus.
- Im Justizgebäude sind es Sitzungszimmer, Verhandlungsraum und Gerichtssaal.

Die Trennung des öffentlichen Bereichs zum internen Arbeitsbereich ist klar ersichtlich.

Die Bezirksverwaltung ist im Rathaus, das Gericht, das Erbschaftsamt und das Vermittleramt sind im Justizgebäude untergebracht.

Die Arbeitsplätze der Bezirksverwaltung und der Ämter befinden sich in den Obergeschossen des Rathauses und sind nicht öffentlich zugänglich.

Dasselbe gilt für die Arbeitsplätze der Richter und Gerichtsschreiber sowie der Ämter in den zwei Obergeschossen des Justizgebäudes.

Mit der Trennung von Rathaus und Justizgebäude können die unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen sehr gut umgesetzt werden.

Die Sicherheitsanforderungen sind für das Justizgebäude wesentlich höher als für das Verwaltungsgebäude.

Hier sehen Sie den Eingang des Rathauses.

Rechts ist der Schalterbereich.

Links im Bild sehen Sie den Aufenthaltsbereich mit Teeküche.

Dieses Bild zeigt den Blick ins Justizgebäude hinein.

Ein- und Ausgang sind aus Sicherheitsgründen getrennt.

Rechts ist der Eingang mit dem Schalterbereich und der Sicherheitsschleuse.

Links im Hintergrund sehen Sie den Wartebereich und im Vordergrund den Ausgang.

Die Arbeitsumgebung im neuen Rathaus und im Justizgebäude des Bezirks wird modern, offen und flexibel sein.

Dort wo es Sinn macht und es das Gesetz erlaubt, entstehen nutzerneutrale Arbeitsplätze. Das heisst, dass zum Beispiel Teamarbeitsplätze in Einzelbüros umfunktioniert werden können.

Der Bezirk wird auch den zunehmenden Bedürfnissen nach Teilzeitarbeit, Mobilität und externem Arbeiten Rechnung tragen.

Die Arbeitsplätze werden zweckmässig und mit einheitlichem Mobiliar ausgestattet. Damit sind wir auch bei Veränderungen in der Organisation flexibel.



***Yolanda Fumagalli, Bezirksammann***

Wir kommen nun zum Finanziellen.

Mit dem Rathaus und Justizgebäude Leutschen reduzieren wir die Bezirks- und Schulstandorte von fünf auf drei.

Damit werden einerseits die Unterhalts- und Betriebskosten markant sinken.

Andererseits werden zwei Gebäude und eine Parzelle frei

- es sind dies die beiden bestehenden Rathäuser in der Kernzone von Wollerau, und
- der heutige Velounterstand in der Leutschen. Der wird nicht mehr gebraucht, diese Parzelle wird ebenfalls frei.

Die drei Liegenschaften haben einen Schatzwert von insgesamt CHF 16 Millionen.

Wenn wir sie zu diesem Preis verkaufen können, ist das Bauprojekt zu mehr als zwei Dritteln finanziert.

Den Gesamtkosten von rund CHF 22 Millionen stehen mögliche Erträge aus den drei Liegenschaftsverkäufen gegenüber.

Die möglichen Erträge belaufen sich auf insgesamt rund CHF 16 Millionen und beruhen auf Marktwertschätzungen aus den Jahren 2019 und 2020.

Die Verkäufe würden die Kosten des Projekts Rathaus und Justizgebäude zu mehr als zwei Dritteln decken.

Diese Beträge sind Richtwerte. Die effektiv erzielbaren Erträge aus einem Verkauf hängen von den dazumal herrschenden Marktbedingungen ab.

Allfällige Verkäufe werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern als Sachgeschäfte zum Entscheid vorgelegt.

Gemäss heutigen Regelungen unterstützen die Energieförderprogramme auf Bundes- und Kantonebene das Projekt mit insgesamt rund CHF 100 000.

Den Verpflichtungskredit werden wir über Eigenmittel oder bei Bedarf mit einem Darlehen finanzieren.

Das investierte Kapital muss verzinst und amortisiert werden.

Aufgrund der aktuellen Marktlage nehmen wir einen variablen Zinssatz von 1% an.

Der Amortisationsatz beträgt gemäss Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden und Bezirke (FHG-BG) ab 2024 für die Nutzungsdauer von 25 Jahren linear 4 % des Investitionswertes.

Hier sehen Sie eine detaillierte Aufstellung der Investition bis 2024 mit Amortisation, Verzinsung und dem Restbuchwert der Liegenschaft. Die Subventionen von Bund und Kanton dürften im Jahre 2024 anfallen.

***Stefan Helfenstein, Bezirksrat Ressort Liegenschaften***

Wie schon mehrfach erwähnt, ist die Liegenschaftssituation im Bezirk komplex.

Es gibt viele gegenseitigen Abhängigkeiten, die wir in der Umsetzung beachten müssen.

Ich möchte Ihnen die Zusammenhänge nochmals in Erinnerung rufen – wir haben die folgenden Folien bereits mehrmals gezeigt.

Die Staatsanwaltschaft Höfe Einsiedeln geht per 1. Januar 2021 zum Kanton über.

Die Verwaltung – d.h. die Bezirkskanzlei mit den Abteilungen Umwelt und Liegenschaften sowie das Bezirkskassieramt – hat der kantonalisierten Staatsanwaltschaft an der Bahnhofstrasse 4 in Wollerau bereits Platz gemacht.

Anfang Oktober 2020 ist sie an die Verenastrasse 4b in Wollerau umgezogen. Das Konkursamt ist von Roosstrasse 3 ebenfalls an die Verenastrasse 4b umgezogen.

Nach dem Umbau des Schulhauses Leutschen in das Rathaus Leutschen wird die Verwaltung im 2024 nach Freienbach umziehen.



Das Schulhaus Riedmatt in Wollerau ist bald 50 Jahre alt und hat eine sicherheits- und brandschutztechnische sowie energetische Sanierung dringend nötig. Auch die Zivilschutzanlage musste saniert werden, sonst wäre sie als Schutzanlage aberkannt worden und hätte auch nicht mehr als Lagerraum werden dürfen. Die Sanierung ist bereits abgeschlossen. Das Schulhaus soll bis 2026 schrittweise saniert werden. Um den zusätzlichen Raumbedarf während der Sanierung und bis zur Fertigstellung des Ersatzbaus MZH zu decken, wird westlich der Schulanlage ein Pavillon aufgestellt. Das Fundament ist bereits erstellt, der Aufbau wird nächstes Jahr folgen.

Per Juli 2022 wird das Schulhaus Leutschen geschlossen. Die Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Leutschen werden dann auf die Standorte Riedmatt und Weid aufgeteilt. Im Sommer 2022 wird mit dem Umbau des Schulhauses Leutschen in ein Rathaus und dem Neubau des Justizgebäudes begonnen.

Anstelle der veralteten Mehrzweck- und Gymnastikhalle in Wollerau soll mit dem Ersatzbau-Projekt in der Riedmatt eine bedürfnisgerechte Infrastruktur für Schule und Vereine entstehen. Die neue MZH ist ein Gemeinschaftsprojekt der Gemeinde Wollerau und des Bezirks Höfe.

Der Betrieb an der Roosstrasse 3 in Wollerau (Bezirksgericht, Notariat, Grundbuchamt, Betreibungsamt und Erbschaftsamt) läuft bis zur Fertigstellung des Rathauses und Justizgebäudes Leutschen weiter. Der Umzug nach Freienbach ist für anfangs 2024 geplant.

Das Rathaus an der Roosstrasse 3 kann einer neuen Nutzung zugeführt werden. Sollte der Verkauf des Rathauses Roosstrasse eine Option sein, wird es als Erstes der Gemeinde Wollerau angeboten.

Derzeit wird bei der Schulanlage Weid in Pfäffikon die Parkplatzanlage Süd erneuert, damit diese vollständig genutzt werden kann und der Bedarf an Parkmöglichkeiten bei grossen Anlässen in der Aula gedeckt ist.

Über alle diese Vorhaben werden die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können. Es braucht Sachgeschäfte für das Rathaus Leutschen, für den Ersatzbau MZH Riedmatt, für den Verkauf der Rathäuser I + II und für die Schulraumplanung 2030.

#### ***Yolanda Fumagalli, Bezirksammann***

Als nächsten Schritt werden wir das Sachgeschäft Rathaus und Justizgebäude den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zum Entscheid vorlegen.

Die Urnenabstimmung zum Sachgeschäft Rathaus und Justizgebäude Leutschen wird am 7. März 2021 stattfinden.

Im Sommer 2022 sollten wir mit dem Umbau anfangen können. 2024 sollen das Rathaus und das Justizgebäude bezugsbereit sein.

Zum Schluss möchte ich kurz zusammenfassen:

Wir haben Ihnen heute

- das fertige Bauprojekt vorgestellt,
- aufgezeigt, wie die einzelnen Liegenschaftsprojekte im Bezirk zusammenhängen und
- welches die nächsten Schritte zur Realisierung des neuen Rathauses und des Justizgebäudes sind.

#### ***Yolanda Fumagalli, Bezirksammann***

Ich gebe das Wort nun an Otto Feldmann, den Präsidenten der RPK.



**Otto Feldmann, Präsident RPK**

Die Mitglieder der RPK haben sich mit der genannten Sachvorlage auseinandergesetzt.

Die Beweggründe des Bezirksrates für den Entscheid, dass der Bezirk Höfe aufgrund der Auflösung des Schulstandortes Leutschen sowie der anstehenden Sanierung des Rathauses Roosstrasse und der Vermietung der Liegenschaft Bahnhofstrasse 4 an den Kanton die Gebäude an der Rebhaldenstrasse zu Verwaltungsräumlichkeiten für sämtliche Abteilungen umbaut, sind für die RPK plausibel und nachvollziehbar.

Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK) empfehlen, dieser Sachvorlage zuzustimmen.

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Ich danke dem Präsidenten der RPK für seine Ausführungen.

Ich gebe das Wort jetzt frei für Wortmeldungen zum Sachgeschäft Rathaus und Justizgebäude Leutschen.

Wer wünscht das Wort?

Diskussion:

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

Das Projekt ist unbestritten spannend, das wird nicht bestritten. Trotzdem reicht die GLP die nachfolgenden Anträge ein:

**Antrag 1:**

Für den Neubau fordert die GLP, dass dieser gemäss Minergie A Standard ausgeführt wird, wie dies beim Kanton SZ bei allen Neubauten, wie z.B. der KSA Pfäffikon üblich ist.

**Antrag 2:**

Für das ganze Areal müsste der Bezirk Höfe ein Gesamtenergiekonzept definieren und einhalten, inkl. die ganze Schulanlage gemäss Minergie-Anforderungen.

**Antrag 3:**

Wir von der GLP fordern eine angemessene, genügende Anzahl und gut erreichbare Veloabstellplätze, u.U. auch mit Elektro-Aufladesteckdosen.

**Begründung Antrag 1**

Gemäss § 8 des kantonalen Energiegesetzes (EnerG; SRSZ 420.100) haben «Bauten zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die durch den Kanton subventioniert werden, die Anforderungen des Leitbildes «Nachhaltiges Bauen» des Kantons zu erfüllen.

Gemäss Ziff. 4.4.1, 3. Lemma des Leitbildes «Nachhaltiges Bauen» des Kantons Schwyz (S. 15) ist bei Neubauten – bis auf begründete Ausnahmefälle – der Minergiestandard einzuhalten. Das gilt im vorliegenden Fall somit auch für den Neubau des Justizgebäudes (Pavillon)!

Gemäss Ziff. 4.4.1, 4. Lemma, desselben Leitbildes ist «bei der Gesamterneuerung von bestehenden Gebäuden der Minergiestandards anzustreben, sofern es die Architektur (Denkmalschutz) erlaubt.»

Leider erfahren wir in der Sachvorlage bisher auch nicht, welche Betriebskosten in Zukunft anfallen resp. eingespart werden können! Erfahrungsgemäss sind die Betriebskosten über die gesamte Lebensdauer eines Gebäudes hoch – gemäss Ziff. 4.5 des Leitbildes machen die Baukosten bloss 20 – 25 % der gesamten Life Cycle Costs eines normalen Bürogebäudes aus. Erfahrungsgemäss machen die Energiekosten einen erheblichen Teil davon aus. Das ist auch mit einem Grund, warum unser Kanton Schwyz sämtliche Neubauten in Minergie A ausführt, wie aktuell letzte Woche gerade im Kantonsrat beschlossen die KSA Pfäffikon.



Meine Damen und Herren, das Rathaus Höfe hat eine derartige Tragweite, dass es eine wichtige Vorbildfunktion einnimmt. Um dem unbestrittenen Klimawandel Einhalt zu gebieten, müssen wir heute auf Nachhaltigkeit achten. Erst wenn der Staat mit gutem Beispiel vorangeht, werden es auch die Privaten tun!

*Begründung Antrag 2*

Bei Schulanlagen muss die ganze Anlage die Minergie-Anforderungen erfüllen. Die geplante Anlage mit öffentlichen Gebäuden soll auch als ganzes Areal zumindest die Werte des einfachen Minergie-Standards erreichen. Dies kann mit Kompensationen zwischen den neuen und sanierten Gebäuden verhältnismässig erreicht werden. Man könnte bei Neubau also z.B. auch eine positive Energiebilanz erreichen indem man zusätzlichen Strom produziert, um das mässig sanierte Schulgebäude zu kompensieren. Bei einem GEAK wären sowieso nur die beiden ersten Kategorien A & B «grün» genug! Auf vorgängige Nachfrage hin konnten wir beispielsweise in Erfahrung bringen, dass mit der über die ganze Dachfläche hin installierten Photovoltaik beim Justizgebäude 17 % und beim Rathaus 24 % des Strombedarfs gedeckt werden können. Das tönt relativ ungenügend, damit sich das nachhaltig lohnt. Aus unserer Sicht könnte es sich mindestens lohnen zu prüfen, ob sich auch die Fassaden für die Installation von Photovoltaik eignen würden. Ferner gäbe es bestimmt noch weitere Nebendachflächen, wie z.B. die mögliche Überdachung von Veloabstellplätzen oder allenfalls gar eine Überdachung der Parkplätze mit Photovoltaik?

*Begründung Antrag 3*

Die Veloinfrastruktur muss zukunftssicher sein, über genügend und gute Plätze verfügen, inkl. Lade-Steckdosen für eBikes ist unaufhaltbar und es ist kein Ende dieser Entwicklung abzusehen! Der Bezirk soll sich auch in Zukunft als attraktiver Arbeitgeber positionieren und seiner wachsenden Anzahl Mitarbeitenden eine zukunftsorientierte Infrastruktur bieten können.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass auch immer mehr Einwohnende der Höfe das Rathaus mit eBikes besuchen werden. Der Bezirk soll sich als nachhaltiger Bezirk positionieren und Besuchende mit Velos und eBikes mindestens gleich gut wie Autofahrer bedienen können. Deshalb genügen Veloabstellplätze weit vom Eingang entfernt für Besuchende nicht.

Auf unsere vorgängige Nachfrage hin bekamen wir leider noch keine Antwort, wie viele Veloabstellplätze genau geplant sind, oder durch Aufstocken hinzugebaut werden könnten. Wir wünschen uns diesbezüglich verlässlichere Antworten für das Bauprojekt. Mit Genugtuung haben wir immerhin zur Kenntnis genommen, dass die Anbindung an die Velorouten mindestens angedacht ist.

*Bemerkung 4*

Wir von der GLP haben gerne und mit Genugtuung auf unsere vorgängige Anfrage hin zur Kenntnis genommen, dass bereits Elektroladeplätze bei den Autoabstellplätzen geplant sind. Immerhin sind offenbar auch Leerrohre für weitere Ladestellen vorgesehen. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass es in Norwegen von einem Anteil von 19 % auf 79 % verkaufte EV's bloss 5 Jahre dauerte! Es ist deshalb auch in unserem Bezirk Höfe mit zahlungskräftigen Einwohnenden von einer ähnlichen Entwicklung auszugehen.

*Frage 5*

Uns von der GLP fehlen in der Sachvorlage die zukünftigen Betriebskosten vollständig. Im Kanton Schwyz müssen gemäss § 45 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GOKR; SR 142.110) Vorlagen mit einem erläuternden Bericht versehen werden, welcher sämtliche und Antrag sämtliche Erwägungen und notwendigen Unterlagen (inkl. Pläne, Statistik) enthält. Gemäss § 45 Abs. 2 lit. A gehören dazu ausdrücklich sämtliche finanziellen und personellen Auswirkungen. Ich bin überzeugt, das gilt analog hier im Bezirk nicht viel anders.

**Tibor Lamoth, Wilen**

Herr Ilg hat mich gebeten, fachliche Ergänzungen zum Projekt als Architekt zu erläutern.

Bei den Energiezielen müssen in der Planung klare Ziele gesetzt werden.



Der Antrag der GLP ist grundsätzlich ein Ergänzungsantrag. Es sollte für das Projekt dadurch keine Verzögerungen geben. Aus Sicht Tibor Lamoth ist dieser Antrag ein homöopathischer Antrag, welcher gut umsetzbar ist.

Er geht nochmals auf die drei Punkte ein:

- Neubau Minergiestandard A (ist das Minimum, das gemacht werden muss)
- Gesamtenergiekonzept (genauere Energiebilanz und -ziele aufzeigen)
- Veloabstellplätze

Minergiestandard A muss selbstverständlich sein. Es soll auf dem ganzen Areal eine Energiebilanz und -ziele erstellt werden. Beim Neubau ist dies kein Problem. So kann mit dem Neubau eine bessere Energiebilanz erzielt und zusammen mit dem älteren Bau eine bessere Gesamtbilanz erreicht werden.

### **Stefan Helfenstein, Bezirksrat Ressort Liegenschaften**

#### **Minergie:**

##### **Rathaus**

Das Rathaus wird vom bestehenden Schulhaus Leutschen in ein Rathaus umgebaut. Es ist kein Neubau geplant. Lediglich das Justizgebäude wird neu gebaut.

Das Schulhaus wurde im Jahr 2016 vollumfänglich saniert auch Fassade und Fenster.

Es wurden bezüglich Energie diverse Berechnungen gemacht. Verglichen wurden vor allem Kosten Nutzen. Auch die Vernichtung von der grauen Energie wurde berücksichtigt.

Die Gebäudehülle (Fassade Blechteil), Fenster und Dämmung im Keller wird nicht saniert. Und wird demzufolge auch nicht dem Energiestandard angepasst. Da sind die Kosten im Vergleich mit dem Nutzen viel zu hoch. Noch zu erwähnen ist, dass für die Heizung Fernwärme angedacht ist.

##### **Justizgebäude**

Das Justizgebäude wird neu gebaut. Es wurde ein hoher Minergie Standard gewählt.

##### **Weitere Photovoltaik Flächen:**

Die Dachflächen wurden bei beiden Gebäuden vollständig ausgenützt. Gedeckte Parkplätze sind keine geplant. Wäre noch eine Option und müsste überprüft werden, ob die Parkplätze gedeckt und mit einer Photovoltaik versehen werden könnte. Da die Fassade noch in gutem Zustand ist wird diese nicht saniert. Es ist auch aus Kosten-Nutzen-Überlegungen keine Photovoltaik Flächen an der Fassade geplant. Beim Justizgebäude müsste dies noch geprüft werden.

##### **Folge-/Betriebskostenrechnung:**

Eine Folge-/Betriebskostenrechnung hat die Arbeitsgruppe nicht geprüft. Zur Erstellung dieser Rechnung braucht es Fachleute. Diese lösen wieder erhebliche Kosten aus. Mit der Reduktion der Standorte von bezirkseigenen von 5 Gebäuden zu 3 Gebäuden gibt es ganz sicher Einsparungen beim Personal und im Unterhalt.

##### **Veloabstellflächen und E-Bikes Steckdosen:**

Das bestehende Velohäuschen wird vom Rathaus Roosstrasse 3 (erstellt 2018) zum Rathaus Leutschen gezügelt. Aktuell sind Veloständer für 10 Velos montiert ist aber auf 20 Plätze ausbaubar. Im UG vom Rathaus Leutschen sind noch 20 Veloabstellplätze geplant. Es muss noch diskutiert werden, ob diese mit Steckdosen ausgerüstet werden.

In beiden Gebäuden werden ca. 60 Mitarbeiter beschäftigt.



**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

Besten Dank für die Antworten. Erlauben sie mir, dazu Stellung zu nehmen:

Aus Sicht der GLP genügen die Antworten nicht. Die Anzahl Veloabstellplätze sind ebenfalls ungenügend.

**Stefan Helfenstein, Bezirksrat Ressort Liegenschaften**

Es sind nun 40 Veloabstellplätze geplant.

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

40 Veloabstellplätze für 60 Mitarbeitende, und die anderen kommen noch dazu?

**Stefan Helfenstein, Bezirksrat Ressort Liegenschaften**

Wir haben jederzeit die Möglichkeit, weitere Veloabstellplätze auszubauen. Die Erfahrungen zeigen, dass das jetzige Velohaus in Wollerau praktisch nicht genutzt wird. In der Leutschen haben wir genügend Platz, um weitere Abstellplätze zur Verfügung zu stellen. Wir können nicht zusätzliche Reserven zur Verfügung stellen und am Schluss werden die Plätze nicht gebraucht.

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

Zum Thema Photovoltaik wäre es prüfenswert, wenn man sich die Überlegungen macht, weitere Zellen an der Fassade anzubringen und den Neubau mit noch mehr Zellen und auch die Passerelle zu bestücken.

Beim Minergie-Standard fragt Lorenz Ilg nochmals nach, welcher Minergiestandard vorgesehen ist.

**Werner Schnellmann, Pfäffikon (Gemeinderat Freienbach)**

Minergie Standard A ist nicht vorgesehen, aber ein Minergiestandard ist vorhanden.

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

Der Kanton Schwyz baut nur noch im Minergie A-Standard. Er wünscht sich, dass im Bezirk Höfe auch so gebaut wird. Es kann nicht sein, dass der Kanton in Minergie-Standard baut und der Bezirk Höfe nicht.

**Stefan Helfenstein, Bezirksrat Ressort Liegenschaften**

Das müssen wir überprüfen. Darauf kann ich keine Antwort geben.

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

Zu den Betriebs-/Folgekosten wurde geantwortet, dass dies der Bezirk Höfe nicht erledigt hat.

Es ist eine sträfliche Unterlassung, wenn nicht überprüft wird, was für Folgekosten eine Investition ausgelöst werden. Wir haben gehört, dass das Eigenkapital auf rd. CHF 10 Mio. reduziert wird. Es resultiert ein Investitionsüberschuss. Viele Stimmberechtigten wollen wissen, welche Folgekosten diese Investitionen auslösen und welches Risiko sie eingehen werden.



***Dominik Hug, Säckelmeister***

Dominik Hug nimmt zuerst Stellung zu den geforderten Veloabstellplätzen. In den Rathäusern sind sehr viele Fachpersonen (Richter, Notare etc.) angestellt, die nicht in der Gegend wohnen. Diese kommen teilweise mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder sogar mit dem Auto nach Wollerau. Teilweise brauchen sie das Auto auch, um Kunden zu besuchen. Ein weiterer Punkt zu den Solaranlagen: Auch da gibt es Widerstände bis hin zu möglichen Einsprachen wegen Spiegelungen und Reflektionen.

Zu den Kosten: Selbstverständlich kann man diese kalkulieren und berechnen. Die Tatsache allein, dass wir von fünf Standorten auf drei Standorten reduzieren und neu bauen, sehr effiziente Arbeitsplätze errichten und somit den Aufwand reduzieren können, spricht für sich, dass massive Kosten eingespart werden können. Diese Kosten sind noch nicht im Finanzplan hinterlegt und werden erst im Finanzplan 2022 aufgeführt. Da derzeit auch die Auswirkungen mit der neuen Rechnungslegung noch nicht abschliessend beurteilt werden können, macht es derzeit keinen Sinn Abschätzungen zu erstellen, die am Schluss nicht korrekt sind. Nur allein mit der Reduktion von drei Schulhäusern auf zwei Schulhäusern können wir rd. CHF 1,2 Mio. (Zahl noch nicht mit dem Bezirksrat besprochen) einsparen.

***Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)***

Die Ausführungen reichen Lorenz Ilg nur zum Teil. Er wünscht sich nach wie vor mehr Klarheit über die Betriebs- und Folgekosten, welche die Investitionen auslösen werden. Umso besser ist es, wenn es Einsparungen gibt.

***Marcel Föllmi, Pfäffikon***

Es ist ein ganz wichtiges Stichwort gefallen zu Minergie. Auf S. 53 der Botschaft findet man die wichtigsten Zahlen. Um was geht es da im Wesentlichen? Es geht um einen Umbau beim Rathaus mit m3-Preis von knapp CHF 600.00. In der Botschaft findet man die m3-Preise. Angedacht ist Minergie im normalen Standard. Herr Ilg hat Minergie A gefordert. Minergie ist ein gesetzlicher Minimalstandard, der erreicht werden muss. Dabei ist zu beachten, dass es unterschiedliche Minergie-Standards gibt. Herr Föllmi erklärt die einzelnen Standards (gut gedämmt, sehr gut gedämmt etc.). Bei einem Umbau ist es eine sehr ambitionöse Forderung, einen Minergie-Standard A zu erreichen. Die Kosten würden viel zu hoch. Das was der Bezirksrat hier vorgelegt hat, ist durchaus sehr sinnvoll. Und falls es zu einer Abstimmung dieses Antrags kommen wird, bittet Marcel Föllmi, den Antrag der GLP abzulehnen.

***Tibor Lamoth, Wilen***

Tibor Lamoth präzisiert, dass die Forderung eines Minergiestandards A lediglich für den Neubau gilt. Die GLP empfiehlt zur Annahme der Anträge. Längerfristig ergäbe es ein besseres Kosten/Nutzen-Verhältnis.

***Bruno Sigrist, Feusisberg***

Bruno Sigrist schliesst sich den Voten von Marcel Föllmi an. Der Antrag, welcher im Raum steht, ist für Bruno Sigrist nicht ganz klar. Dieser müsste präziser formuliert werden. Ist es ein Muss, dass im Minergie-Standard A gebaut wird oder geht es lediglich um eine Überprüfung. Ein Minergie-Standard A zu erreichen, ist auch eine rechte Herausforderung für einen Neubau. Es ist fast nicht möglich, dass der kleinere Neubau (Justizgebäude) in einem Minergie-Standard A, die Anforderungen an das Rathaus (grösserer Bau) wett machen kann. Darum bittet Bruno Sigrist, den Antrag zu präzisieren, ob es um ein Überprüfen geht.



**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Es sind keine Wortmeldungen mehr gewünscht.

Yolanda Fumagalli bittet Lorenz Ilg, die Anträge zu präzisieren. Handelt es sich um einen Auftrag oder einen Rückweisungsantrag?

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

Lorenz Ilg wiederholt die Anträge:

- Für den Neubau fordert die GLP einen Minergie-Standard A.
- Für das Gesamtareal müsste der Bezirk ein Energiekonzept erstellen.
- Noch mehr Veloabstellplätze.

Herr Ilg möchte gerne über die Anträge abstimmen oder es dem Bezirksrat offenlassen. Herr Ilg ist nicht gegen das Projekt. Er möchte lediglich, dass ein grünes und nicht ein vergoldetes Rathaus gebaut wird.

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Yolanda Fumagalli fragt nochmals nach, ob es sich um einen Auftrag an den Bezirksrat handelt, weitere Abklärungen zu den Forderungen zu tätigen.

**Lorenz Ilg, Bäch (GLP Höfe)**

Dies bestätigt Herr Ilg.

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Herr Ilg hat dem Bezirksrat die Anträge und Begründung schriftlich abgegeben. Yolanda Fumagalli stimmt über die Anträge ab.

*Antrag 1 lautet wie folgt:*

Für den Neubau fordert die GLP, dass dieser gemäss Minergie-Standard A ausgeführt wird, wie der Kantons SZ bei allen Neubauten, wie z.B. KSA Pfäffikon.

Wer dem Antrag zustimmen will, soll dies mit Handerheben bezeugen.

Gegenmehr?

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

*Antrag 2 lautet wie folgt:*

Für das ganze Areal müsste der Bezirk ein Gesamtenergiekonzept definieren und einhalten, inkl. die ganze Schulanlage gemäss Minergie-Anforderungen.

Wer dem Antrag zustimmen will, soll dies mit Handerheben bezeugen.

Gegenmehr?

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

*Antrag 3 lautet wie folgt:*

Wir von der GLP fordern eine angemessene, genügende Anzahl und gut erreichbare Veloabstellplätze, u.U. auch mit Elektro-Aufladesteckdosen.

Wer dem Antrag zustimmen will, soll dies mit Handerheben bezeugen.



Gegenmehr?

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Sind noch weitere Wortmeldungen gewünscht?

**Otto Kümin, Pfäffikon**

Otto Kümin bedauert es ausserordentlich, dass die beiden ersten Anträge abgelehnt wurden.

Anliegen: Im Namen der SP Höfe gibt Otto Kümin klar zum Ausdruck, dass an der angedachten Liegenschaftsverkaufsstrategie, um den neuen Bau und das Umbauprojekt zu finanzieren, sehr skeptisch gegenüberstehen. Es ist allen klar, dass im Bezirk Höfe die Bodenfrage, wer die Verfügungsgewalt hat, immer eine zentralere Frage wird. Wenn es zu den 3 Volksabstimmungen über den Verkauf der Liegenschaften kommt, dann wird die SP Höfe sehr genau hinsehen, an wen die Liegenschaften verkauft werden sollen. Es käme für die SP nicht in Frage, wenn die Liegenschaften zu Bodenspekulationen überlassen würden.

**Bruno Sigrist, Feusisberg**

Herr Ilg hat in seinen Ausführungen betont, dass es beinahe sträflich sei, wenn keine Kosten ermittelt würden. Da gebe ich ihm absolut recht. Aber es ist trotzdem nicht richtig über Anträge abzustimmen, wenn wir nicht wissen, welche Kosten damit ausgelöst werden. Es ist nicht seriös solche Anträge an einer Bezirksversammlung zu stellen, wie dies die GLP gemacht hat. Er sei nicht gegen die Veloabstellplätze etc. Dass die Möglichkeiten überprüft werden sollen, unterstützt Bruno Sigrist.

**Yolanda Fumagalli, Bezirksammann**

Herzlichen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Sehe ich richtig, dass das Wort nicht mehr gewünscht wird? Gut, ich danke Ihnen für die engagierte Diskussion.

Das Sachgeschäft wird damit an die Urnenabstimmung vom 7. März 2021 überwiesen.

Die Präsentation zum Sachgeschäft haben wir vorgängig gefilmt und kann ab morgen auf unserer Homepage nochmals abgespielt werden.

## 8. Verabschiedung

Wir sind damit am Ende der Budgetgemeinde. Ich danke Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, geschätzte Damen und Herren, dass sie heute Abend gekommen sind und ich danke Ihnen auch für ihre Diskussionsbeiträge.

Danken möchte ich auch meiner Kollegin und Kollegen vom Bezirksrat für die gute Zusammenarbeit und der ganzen Verwaltung für die Vorbereitung der Bezirksgemeinde.

Herzlichen Dank.

Aufgrund der aktuellen Situation findet heute im Anschluss an die Bezirksgemeinde kein Apéro statt.

Ich bitte Sie, die Aula gestaffelt zu verlassen. Halten Sie auch beim Verlassen des Saals die Abstände ein. Unsere Helferinnen und Helfer weisen ihnen den Weg zum Ausgang. Bitte verzichten Sie auf Menschenansammlungen auf dem Pausenplatz.



Wir bitten Sie, sich unverzüglich mit der Bezirkskanzlei in Verbindung zu setzen, falls sie in den nächsten Tagen positiv auf Covid-19 getestet werden.

Ich wünsche ihnen gute Gesundheit.

Die Bezirksgemeinde ist hiermit geschlossen.

Genehmigt vom Bezirksrat Höfe am: 15. Dezember 2020

**Bezirksrat Höfe**

  
Yolanda Fumagalli  
Bezirksammann

  
Claudia von Euw  
Ratschreiberin

